

monatelangen Prozeß von öffentlichen Hearings auf allen Ebenen und in allen Provinzen geprüft und modifiziert wurde (s. auch S. 39). Der letzte Schritt war die Zustimmung durch das alte Parlament. Die neue Verfassung hätte das Parlament nie passiert, wäre nicht der Druck der Wirtschaft, des Militärs und des Königs (so heißt es), so schnell wie möglich zu sanieren, zu Hilfe gekommen. Eine langfristige politische Auseinandersetzung über die neue Verfassung hätte das Land in eine noch schwerere Krise gestürzt. Schließlich sagten fast alle Abgeordneten, die zuvor vehement gegen die Verfassung gesprochen hatten, bei der namentlichen Abstimmung heuchlerisch: Ich stimme zu.

Sie wissen: Ihre Chancen zur Wiederwahl stehen schlecht. Aber sie rechnen noch — wie bislang — mit dem Volk vom flachen Land, das sie trotz neuer Verfassung mit traditioneller Patronage und Geld als Stimmvieh gewinnen wollen. Die Verfassungsschöpfer sind dagegen überzeugt, daß diese Rechnung nicht mehr auf-

geht. Laut neuer Verfassung können nach den nächsten Parlamentswahlen nur noch solche Politiker Ministerposten besetzen, die über eine landesweite Parteienliste und nicht als direkt gewählte Mitglieder aus einem Wahlkreis ins Parlament entsandt werden. Damit soll verhindert werden, daß stimmenkaufende Lokalpolitiker zu Ministern werden und sich dadurch illegal bereichern.

Die neue Verfassung ist also heute in Kraft. Sie wird die politische Landschaft — so hoffen ihre Autoren und Unterstützer — grundsätzlich verändern. Der wichtigste Schritt zu ihrer Umsetzung sind allerdings Parlamentsneuwahlen. Diese sollten so schnell wie möglich stattfinden. Das Einzige, was noch fehlt, ist die Verabschiedung von drei Durchführungsgesetzen (»organic laws«), wie eines Wahl- und einem Parteiengesetzes. Dies sollte die letzte Aufgabe des alten Parlaments sein.

Die neue Regierung von Chuan baut auf das big business. Sie will länger im Amt bleiben als für die

Neuwahlen erforderlich ist, und die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen. Die »Erfolge« werden aber in einem Jahr nicht deutlich spürbar sein und der Unwille der kritischen Öffentlichkeit gegen die neue Koalitionsregierung ist bereits unüberhörbar.

Schon wieder sitzen im Kabinett Abgeordnete mit zweifelhaftem Ruf, einschließlich eines stellvertretenden Innenministers, dem die Einreise in die USA wegen Verdachts der Beziehungen zur Drogenmafia versagt ist. Auch die Democrat Party hat in ihren Reihen Politiker, die niemand mehr will. Die neue Regierung wird ein Jahr nicht überleben.

Die Öffentlichkeit und vor allem die Demokratiebewegung will Neuwahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt, um das politische Reformwerk abzuschließen. Dies ist die Voraussetzung für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftsentwicklung. Für viele kritischen Wähler sind heute Korruption, Mißmanagement und »Seifenblasenwirtschaft« identisch.

## Forum der Armen: Forderungen an IWF

**T**hailands Forum der Armen ist eine breite Koalition von Bauernorganisationen, Frauengruppen und ländlichen Entwicklungsorganisationen. Zu Beginn des Jahres zogen Tausende von Männern, Frauen und Kindern aus dem Nordosten (Isan) nach Bangkok und errichteten ein (Hütten-) Dorf vor dem Parlamentsgebäude. Drei Monate lang war ihre starke Präsenz tägliche Erinnerung für die Thai-Regierung, daß der Preis für Thailands rapides Wachstum in der Tat sehr hoch ist. Das Forum der Armen präsentierte seine Forderungen nach Landreform, fairen Preisen für ihre Produkte, lokaler Kontrolle natürlicher Ressourcen und Überprüfung von Infrastrukturprojekten, vor allem von Staudammprojekten.

Einige Konzessionen wurden gemacht, einige Vereinbarungen wurden erreicht und einige ihrer Besorgnisse wurden in der neuen Thai-Verfassung berücksichtigt, auch als

»peoples«-Charta bekannt. Zur gleichen Zeit, zu der die Verfassung im Parlament beraten wurde, geriet die Wirtschaft unter Druck und außer Kontrolle. Der IWF verabschiedete zur »Rettung« ein Paket mit Heilmitteln — Mehrwertsteuer, Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, Abwertung der Währung, Privatisierung und Liberalisierung — in der Tat nichts Neues.

Das Forum der Armen reagierte schnell, auf die sofortigen Auswirkungen antwortend, die die Wirtschaftskrise auf die Armen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land hatte. Auf dem Treffen, auf dem die folgende Erklärung vereinbart wurden, berichteten Personen, daß in jedes Dorf Männer und Frauen aus den Städten zurückkehrten, weil sie dort ihre Jobs in den Fabriken oder auf den Baustellen verloren hatten. So fehlt nun nicht nur das zusätzliche Geld aus Bangkok, sondern jetzt ist auch noch eine weitere Person zu er-



nähren. Auf der anderen Seite könnte dies der Beginn zu einer »umgekehrten« Wanderung sein, die einen positiven Effekt auf die ländliche Entwicklung haben könnte, vorausgesetzt, die Regierung unterstützt dies durch Geldmittel, Umverteilung und einer Verpflichtung zur lokalen Kontrolle über natürliche Ressourcen, wie in der neuen Volksverfassung versprochen.

### Empfehlung des Forums der Armen an den IWF zur thailändischen Wirtschaftskrise

Bangkok, 17. September 1997  
Das Währungs- und Finanzdebakel treibt die thailändische Wirtschaft in eine nachhaltige Krise. Das Forum

— Anzeige —



Die etwas  
anderen  
Weihnachtsgaben aus  
dem Hause **AKP:**

## POLITIK mit leeren Kassen

Grundlagen und Perspektiven  
kommunaler Haushaltspolitik

Dieses Buch vermittelt das notwendige Basiswissen und diskutiert die zentralen Aspekte kommunaler Haushaltspolitik.

Bielefeld 1996, 155 Seiten  
ISBN 3 - 9803641 - 1 - 9  
29,- DM plus 3 DM Versandkosten

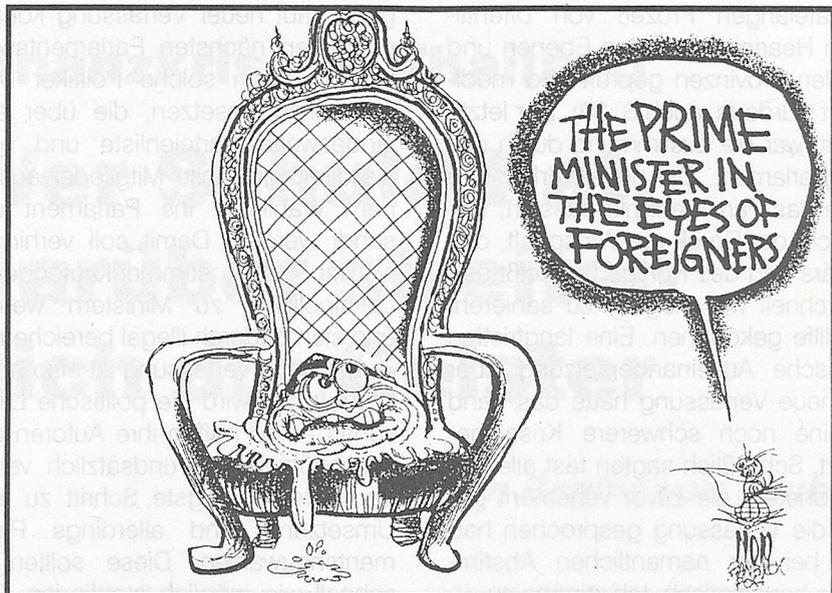
## Handbuch für alternative Kommunalpolitik

Der AKP-Klassiker informiert über alle relevanten Themen der Kommunalpolitik, von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie Zweiter Arbeitsmarkt.

Bielefeld 1994, 416 Seiten  
ISBN 3 - 9803641 - 0 - 0  
45,- DM plus 4 DM Versandkosten

Katalog anfordern oder einfach  
bestellen bei:

**Alternative Kommunalpolitik**  
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld,  
☎ 0521/177517, ☐ 0521/177568



RANGKOR POST

aus: FEER v. 13.11.97, S. 15

der Armen ist sehr betroffen über die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Notlagen, der sich die unteren Schichten der Gesellschaft gegenübersehen. Folgenden Problemen wenden wir uns zu:

### **Auswirkungen auf die städtischen Armen**

Die Abwertung des thailändischen Baht, der Anstieg der Mehrwertsteuer und das Anheben der Preise für öffentliche Güter und Dienstleistungen hat Personen mit niedrigem Einkommen und die Armen gleichermaßen getroffen.

### **Auswirkungen auf die ländlichen Armen und den landwirtschaftlichen Sektor**

Der Preisanstieg für Güter des täglichen Bedarfs, zusammengesetzt aus den gestiegenen Kosten für die Produktion, wo die Preise für chemischen Dünger, Saatgut, Insektiziden usw. um über 30 % stiegen, während landwirtschaftliche Preise niedrig gehalten wurden, hat dazu geführt, daß kleine bäuerliche Betriebe kaum noch rentabel sind und sich damit die Situation für die Bauern als äußerst prekär erweist. Viele von ihnen sind nicht mehr in der Lage, ihre Kinder weiterhin zur Schule zu schicken.

### **Auswirkungen auf die städtischen Armen und die Arbeiterschicht**

Die städtische Arbeiterschicht trägt die volle Last dieser Notlage in Form von reduzierter Sozialhilfe, Entlassungen und Reduzierung der Löhne. Die ständig steigenden Lebenshaltungskosten in der Stadt und auf dem Land führten zu Streß und psychologischen Problemen. Viele Familien können sich nicht leisten, für den

Schulbesuch ihrer Kinder zu zahlen. Als Konsequenz wird dies zu weiteren sozialen Problemen führen, z.B. Kinderarbeit oder Prostitution. In dieser Situation wird die Armut im Land ansteigen, was möglicherweise die Schere zwischen arm und reich noch weiter auseinanderklaffen lassen wird.

Die neue Wirtschaftspolitik der Regierung unter der Schirmherrschaft des IWF ist kein realisierbare Lösung für das Land, da diese dazu führt, daß die Armen die Last des wirtschaftlichen Abbaus tragen. Das Schuldenproblem, dessen Folgen jeder Thai zu spüren bekommt, ist Resultat einer Politik, auf die sie keinen Einfluß hatten.

### **Empfehlungen an den Internationalen Währungsfond IWF**

1. Offenlegen der Vereinbarungen und Bedingungen, die der IWF mit der thailändischen Regierung getroffen hat.
2. Keine Bedingungen, die negative Auswirkungen auf die Armen und die Randgruppen haben, die keine Verantwortung für die Schuldenkrise tragen.
3. Die Zeit wirtschaftlicher Probleme in Thailand sollte nicht ausgenutzt werden, um Bedingungen für eine Einmischung von außen in die thailändische Wirtschaft und Politik und deren Manipulation zu schaffen.
4. Jede Art von Entwicklungsunterstützung sollte auf den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, moralischer Werte, eines nachhaltigen Wirtschaftens und weltweiter Rücksichtnahme und Gleichbehandlung, was der Weltgemeinschaft Frieden bringen wird, basieren.

Aus Focus on Trade, Nr. 19.  
Übersetzung aus dem Englischen  
von Ralf Amshoff